Beschluss (vorläufig) 1 - Lebensgrundlagen erhalten

Gremium:	LDK Siegen
Beschlussdatum:	10.12.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2022

Antragstext

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit. Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Unsere Umwelt hat sich bereits rasant gewandelt. Wer Klima und Umwelt schützt, leistet einen Beitrag zum Frieden und schützt die Freiheit von uns und nachfolgenden Generationen.

Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart. Um die Brisanz der Klimakrise ins Zentrum unseres Handelns zu setzen, werden wir einen Klimavorbehalt einführen.

Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen.

Wir werden diese Menschen durch einen von Europa-, Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen unterstützen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich möglich macht.

Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land sind unsere Leitplanken.

Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Wir werden Vorreiter in Europa und setzen den Green Deal in der Praxis um. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt. Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an. Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und

naturnahe Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und Parks, die Fische zurück in die Gewässer und die Bienen wieder zurück auf die Felder und Wiesen. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz. Wir gehen voran und leisten unseren Beitrag im internationalen Einsatz gegen die Klimakrise und das globale Artensterben.

Wir schützen das Klima

Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

Nordrhein-Westfalen kann seinen Beitrag zur Erreichung des globalen 1,5-Grad-Ziels leisten und möglichst vor 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den Kohleausstieg bis 2030 sicher. Die nächste Landesregierung muss ihre ganze Kraft und die Arbeit aller Ressorts auf die Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe ausrichten. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Daher geben wir den Kommunen verbindliche Standards und Unterstützung an die Hand, um Handlungskonzepte für die Klimaneutralität und den Schutz vor Klimawandelfolgen vor Ort zu erstellen. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen. Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz, einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen. Um bis 2035 unsere Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen, muss die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien deutlich erhöht werden. Dafür müssen wir den Ausbau von Wind- und Solaranlagen massiv beschleunigen und das Stromnetz ausgebaut werden.

Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme

Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen:

Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf die Klimakrise nicht weiter anheizen.

Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

Schon heute spüren wir in NRW die Auswirkungen der globalen Erderwärmung. Auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur kommen. Land, Städte und Gemeinden, aber z.B. auch Wald- und Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Die im Klimaanpassungsgesetz NRW geforderte Klimaanpassungsstrategie werden wir schnellstmöglich mit klaren, messbaren Zielen und Maßnahmen vorlegen und eine ambitionierte Umsetzung sicherstellen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ und eine Renaturierung von Flüssen und Bächen so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten, Renaturierung von Flüssen und Bächen oder bauliche Maßnahmen und klimafreundliche Architektur, wie z.B. die Fassadenbegrünung, ausweiten. Dabei werden wir sowohl Maßnahmen für den urbanen Raum als auch für den ländlichen Raum forcieren. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer Versiegelung schützen.

Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, naturverträglich, fair

Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff. Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum. Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu 80 Prozent und bis 2035 zu 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir pauschale Mindestabstände zu Wohnbebauungen für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch

die Zukunft unseres Industriestandortes. Um die Versorgungssicherheit auch in einem Energiesystem mit 100 Prozent Erneuerbaren zu garantieren, werden wir die richtigen Anreize für Stromspeicher, Flexibilisierung der Stromnachfrage und Sektorkopplung setzen. Die Ausbauhemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern. Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe sowie eine Beschleunigung und Weiterentwicklung der Planungsverfahren gehören für uns beim Ausbau der Erneuerbaren zusammen.

Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. Digitale Mittel sind ein wichtiger Baustein, um unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen zu können. Mit einer intelligenten Steuerung der Übertragungsnetze bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. Insbesondere in der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Auch bei der Digitalisierung setzen wir auf den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, die die Mengen an giftigem Elektroschrott senkt, wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden der Verwertung direkt wieder zuführt und die Abhängigkeit von den globalen Lieferketten abmildert. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch vermeidbaren Datenverbrauch aufgefressen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Unser Ziel ist, mit einer zukunftsfähigen Infrastruktur Energieeinsparungen gegenüber vergleichbaren Netzen zu erzielen.

Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen

einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern wollen sicherstellen, dass Beschäftigte der fossilen Industrien neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen Beschäftigungsbedigungen nachgehen können. Zudem werden wir diese Menschen durch Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige Arbeitsfelder weiterzubilden.

Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und dezentral

Kohleausstieg bis 2030 sozialgerecht umsetzen

Wir stehen für einen Kohleausstieg, der sich nach den Zielen des Übereinkommens von Paris richtet und unserer globalen Verantwortung gerecht wird. 2030 ist das neue Zieljahr für den Kohleausstieg auf Bundesebene. Wir setzen dieses Ziel mit einer sofortigen neuen Leitentscheidung, die den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis spätestens 2030 setzt, rechtssicher um. Wir stellen hierbei Menschen, Klima- und Naturschutz ins Zentrum. Damit bleiben nicht nur alle Dörfer im Rheinischen Revier erhalten, sondern wir sorgen auch dafür, dass die geretteten Dörfer neu erblühen und "Zukunftsdörfer" werden können. Mit einem Abriss- und Rodungsmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern.
Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden. Wir setzen uns darüberhinaus ein für die besitzseitige Erhaltungs- und Instandhaltungspflicht des Gebäude-Bestandes und der gewachsenen dörflichen Strukturen und eine Nachnutzung für den unter Druck stehenden Wohnungsmarkt. Bereits umgesiedelte Menschen sollen ein Vor- und Rückkaufsrecht erhalten. Bei der Entwicklung der Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfesten Dörfern der Zukunft sollen die verbliebenen Anwohner*innen bevorzugt Mitspracherechte erhalten und für die Anpassung an die Klima-Neutralität Mittel vom Land bereitgestellt werden.
Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Tagebauranddörfern bei. Dazu gehören die Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe u.a. durch einen Mindestabstand von mindestens 1.000 Metern zwischen Wohngebäuden und dem Tagebau.
Um den Kohleausstieg für alle sozial verträglich zu gestalten, setzen wir uns für die Abschaffung von Zwangsumsiedlungen und Enteignungen für Kohle, Sand und Kies ein.

Die Planungen zur Nachnutzung der Kraftwerksstandorte müssen bereits jetzt beginnen, auch wenn die Kraftwerke noch in Betrieb sind und das Abschaltdatum noch nicht konkret bekannt ist. Die Kraftwerksstandorte sollten bevorzugt für Zukunfts- oder Übergangstechnologien genutzt werden. Standorte, die dafür nicht benötigt werden, müssen schnellstmöglich für eine andere wirtschaftliche Nutzung bereit gestellt werden.

Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom aus dem Norden auch zu uns kommt. Neben dem Netzausbau werden Energiespeicher in einem Stromsystem mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien auch einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein wichtiger Langzeitspeicher für erneuerbaren Strom ist die Umwandlung in grünen Wasserstoff. Damit der Markthochlauf gelingt, werden wir den Aufbau der notwendigen Infrastruktur unterstützen.

Wir werden den Strukturwandel in den Kohleregionen beschleunigen und die Prozesse verbessern. Die großen Flächen in RWE-Besitz müssen schnellstmöglich für zukunftsfähige Nutzungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stehlen kann. Wir wollen alte RWE-Betriebflächen und Flächen, die nicht mehr für die Tagebaue in Anspruch genommen werden, in einen Grundstücksfonds überführen und so eine nachhaltige Entwicklung der Flächen ermöglichen. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann. Für die Wiedervernetzung der alten Waldstrukturen rund um den Hambacher Wald ist der Erhalt von ökologischen Trittsteinen und wertvollen Verbindungsflächen essentiell. Daher setzen wir uns für den Erhalt und die nachhaltige Nachnutzung der alten Trasse der A4 und der sie umgebenden Fläche ein. Wir stellen die Notwendigkeit der RWE-Planung "Manheimer Bucht", ein großräumige Sand- und Kiesabgrabung, in Frage und wollen eine unabhänige Begutachtung der technischen Notwendigkeit. Wir wollen die verbliebende Siedlungsstrukturen und die Manheimer Kirche erhalten, damit identiätsstiftende kulturelle und touristische Strukturwandelpotentiale gehoben werden können.

Sonnenenergie von jedem Dach

Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Gebäuden werden – zunächst bei öffentlichen Gebäuden und im Neubau, persektivisch auch im Bestand. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz und die Abschaffung von unnötigen Mindestabständen für nicht brennbare Solaranlagen zu Nachbardächern. Um auch Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und so schnell wie möglich alle geeigneten Dachflächen für Solaranlagen

nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle und Energiegenossenschaften können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren.

Solarparks säumen unser Autobahnnetz

Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze, Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen und fair beteiligen.

Wieder Rückenwind für die Windenergie

Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen, zukünfitg auch als Ersatz für alte Anlagen (Repowering), gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen, entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern und, wo möglich, Flächen entlang von Autobahnen für Windanlagen nutzen. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren. Dafür ist es wichtig, Abgaben und Umlagen auch in Bezug auf Speicher zu überarbeiten.

Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen, einheitliche Bewertungsmaßstäbe und klare Fristen beschleunigen. Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem Schwerpunktvorkommen (so genannte Dichtezentren) windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine

Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit akzeptiert.

Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende beteiligen

Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von günstiger Energie. Bürgerenergie-Projekte, z.B. von gemeinwohlorientierten Bürgerenergiegenossenschaften, bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Wir setzen das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude – vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt – klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate. Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir auf Grundlage eines Konzeptes bis 2030 alle Landesliegenschaften energetisch sanieren und installieren Solaranlagen auf allen dafür geeigneten Dächern. Wir setzen auf ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen. Wir stärken das Handwerk, damit der Fachkräftemangel nicht zum Nadelöhr der Wärmewende wird.

Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Die auf Bundesebene durch die Ampelkoalition vorgesehenen Erhöhungen der Energieeffizienzstandards, auch für den Bestand, sind eine wichtige Voraussetzung. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote für Erneuerbare Energien vor.

Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden. Denn gerade im Gebäudebereich gibt es große Energieverluste beim Heizen.

Fair geht mehr bei der Wärmewende

Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO_2-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung. Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO_2-Steuer sorgt für ehrlichere Preise. Von dem im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefundenen Kompromiss, die EEG-Umlage ab 2023 vollständig abzuschaffen und dem Bekenntnis besonders Menschen mit geringeren Einkommen darüber hinaus bei den Energiepreisen zu entlasten, werden viele Menschen profitieren. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass alle Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung den Menschen möglichst direkt und im Sinne des Klimaschutzes zugutekommen. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen. Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert werden.

Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende werden wir auf das zur Versorgungssicherheit notwendige Maß minimieren. Die dafür gebauten Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran. Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden, wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist, dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern. Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff transportieren können.

Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen. Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe umzustellen. Diese Umstellung soll möglichst bis 2035 abgeschlossen sein. Die bisher für den Anbau von Energiepflanzen genutzten landwirtschaftliche Flächen können für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln sowie in partnerschaftlicher Abstimmung mit den Landwirten, für die Aufforstung von Wald, die Vernässung ehemaliger Moore oder den Anbau biogener Rohstoffe für das Baugewerbe und die Industrie genutzt werden.

Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-Westfalen mehr als tausend Meter tiefbohren. Wir werden die ersten

Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau schließen

Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es, die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt.

Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste Priorität haben.

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert

Garantiert mobil in ganz NRW – mit einem Ticket fürs ganze Land

Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und Bahn zurückgelegt . Dies reicht nicht aus, um das Klimaziel im Sektor Mobilität zu erreichen. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv, barrierefrei und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22.30 Uhr mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in Großstädten und ihrem direkten Einzugsbereich mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Auch für Orte ab 200 Einwohner*innen werden wir ein erweitertes Angebot schaffen, um den Umstieg attraktiver zu machen. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder überörtliche Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen so schnell wie möglich schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein, so ausgestattet, dass es auch für die Menschen auf dem Land fair und für alle bezahlbar ist. Unsere Ziel ist ein gutes und bezahlbares ÖPNV-Angebot in NRW, das für alle - auf dem Land und in der Stadt - unabhängig vom Einkommen nutzbar und attraktiv ist. Den Anfang macht das durch das Land getragene kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Auch für Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, bieten wir ein attraktives Mobilitätsangebot,

vergleichbar mit dem Studierendenticket. Perspektivisch soll dieses kostenlos angeboten werden. Menschen mit keinem oder nur geringem Einkommen, z.B. Sozialleistungsbeziehnde, soll der ÖPNV bezahlbar sein. Auch für ältere Menschen finden wir attraktive Angebote, um für sie die Nutzung des ÖPNVs noch attraktiver zu machen. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen. Die Landesbehörden sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Dem Umweltverbund muss endlich Vorrang gegeben werden. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen, auch grenzüberschreitend. Dazu gehört für uns Grüne auch, gemeinsam mit dem Bund das S-Bahn-Netz an Rhein und Ruhr über den RRX hinaus deutlich zu erweitern. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn, Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir dabei, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen . Gemeinsam mit den Zweckverbänden wollen wir eine landesweite Verkehrsgesellschaft schaffen, die in der Lage ist, Verkehrsleistungen zu erbringen, um die Abhängigkeit von Eisenbahnverkehrsunternehmen zu verringern. Und wir werden prüfen, ob mit einer neuen Landesinfrastrukturgesellschaft neue Infrastruktur geplant und unterhalten werden kann. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis spätestens 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen: Der Neubau von Landstraßen soll zurückgefahren werden und nur noch in Ausnahmen erfolgen - dafür sorgen wir mit einem neuen Landesstraßen-Bedarfsplan. Auch Fördermittel für Kommunen sollen nur noch mit Ausnahmen für Straßenneubau verwendet werden. Wir unterstützen die Einrichtung von Shared-Space-Bereichen und ermöglichen autofreie Innenstädte. Bei der Überprüfung der Projekte auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in NRW auch von bereits vorgeplanten Projekten stark zu reduzieren (das betrifft auch Flussquerungen). Geld wollen wir zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen-, Rad- und Fußwegen umschichten.

Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis

2025 werden wir flächendeckend regionale Schnellbuslinien schaffen und so für alltagstaugliche, verlässliche Verbindungen zu allen Städten und Gemeinden und – wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wollen wir dem Vorbild anderer Länder folgen und wo möglich Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Kommunen sollen außerdem bei der Einrichtung von Busspuren und Vorrangschaltungen stärker unterstützt werden. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

Sicher, schnell und barrierfrei mit dem Fahrrad durch NRW und darüberhinaus

Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit. Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung unserer Klimaschutzziele. Mit einem verbesserten Radverkehrsgesetz werden wir Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs bis 2035 auf mindestens 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Planung und Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte sowie bei der Sanierung bestehender Strecken zu unterstützen. Speziell für unsere Städte - wie auch darüber hinaus - achten wir dabei auf Radwege mit ausreichender Breite, um die Voraussetzung für eine emissionsfreie Logistik für die erste und letzte Meile zu ermöglichen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass Fahrräder nach Möglichkeit auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können. Die Anschaffung von Lastenrädern für den gewerblichen und privaten Gebrauch werden wir weiterhin unterstützen. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

Fußverkehr stärken und mitdenken

Fußverkehr ist ein wichtiger Bestandteil unserer Mobilität. Deshalb unterstützen wir die Kommunen dabei mit der Planung und Umsetzung einer Fußverkehrsstrategie, Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen vor Ort zu schaffen. Dazu gehören eine komfortable, umwege- und barrierefreie Wegeführung auf Straßen, Wegen und Plätzen und die Möglichkeit, Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen müssen dafür auch für Fußgänger*innen attraktiv gestaltet sein. Um mobilitätseingeschränkte Menschen zu unterstützen, sind z.B. abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente erforderlich.

Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien. In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und Speichertechnik weiter fördern, und uns dafür einsetzen, dass Lade- und Bezahlstandards möglichst schnell vereinheitlicht werden. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden, Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Wir wollen bei den Stellplatzregelungen noch stärker auf eine Mobilitätswende setzen, indem wir wo möglich auf Pkw-Stellplätze verzichten und anspruchsvolle Regelungen für mehr und gute Fahrradstellplätze schaffen. Für uns Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg auf den E-Antrieb vorangeht. Bis spätestens 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr- und Lastenräder, Seniorenscooter, und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Wir schaffen in den nächsten fünf Jahren eine gemeinsame Buchungsplattform für alle Mobilitätsformen. Um eine echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen. Dabei berücksichtigen wir die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass auf Autobahnen und außerorts die Höchstgeschwindigkeiten herabgesetzt werden. Wir wollen, dass Städte und Gemeinden das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen können. Kommunen können dann selbstständig entscheiden, wo

im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende. Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum des Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Hinzu kommen die starken Belastungen für Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn setzen wir uns für ein
konsequentes Nachtflugverbot ein. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Weder von Seite des Landes noch der Kommunen soll es zukünftig öffentliche Zuschüsse für Flughäfen geben. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich überflüssig.

Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW- Verkehr machen wir bis 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen Lärmschutzstandards umzusetzen. Damit sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet, befreien wir kombinierte Verkehre rund 50km um Häfen und Güterbahnhöfe von der Maut und setzen uns für vereinfachte und konsequente Genehmigungsverfahren für den Großraum- und Schwerlasttransport auf Wasserstraßen ein. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Unser Ziel ist eine zukunftsfähige und klimaneutrale Schifffahrt. Neben Investitionen in Forschung und Entwicklung klimaneutraler Antriebe, bedarf es auch die Anregung einer klimatauglichen, angemessenen Besteuerung von Schiffsdiesel auf Bundesebene. Im Wissen um die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels investieren wir in

Förderprogramme (z.B. für Niedrigwasserschiffe), die den Schiffsgüterverkehr in NRW fit für die Zukunft machen.

Oberleitungen, Wasserstoff, und Batterien: Für jeden Laster der passende Antrieb

Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Als Brückentechnologie werden für eine begrenzte Zeit weiterhin auch Gas-LKW und Biotreibstoffe benötigt. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir auch den Ausbau der Infrastruktur für elektrische Antriebe angehen. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 emissionsfrei durchqueren können.

Wir schützen Natur und Umwelt

Artensterben stoppen – Volksinitiative Artenvielfalt umsetzen

Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Dieser Verlust gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Darin gleichen sich Klimakrise und Artensterben und verstärken sich gegenseitig.
115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt" ein deutliches Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß, renaturieren Gewässer und ihre Auen und unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW" mit den neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm Biologische Vielfalt" bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete Umsetzung sind die 40 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Zugleich wollen wir die Naturschutzverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe stärken und sie als Handelnde im Naturschutz deutlich besser unterstützen. Für Wiederansiedlungsprojekte und Erhaltungszuchten wollen wir mit den wissenschaftlich geführten zoologischen Gärten zusammenarbeiten.

Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan

wieder die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen, bis 2035 auf netto null abzusenken und danach langfristig auf eine Netto-Entsiegelung von Flächen hinarbeiten. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

Lebensräume verbinden heißt Arten schützen – die Senne wird zweiter Nationalpark

Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Mit der Wiedereinführung des Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite Konzeption für Biotop und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die Regionalpläne schaffen. Von besonderem Wert sind bei diesem Konzept die Bach- und Flussauen, da hier Naturschutz, Biotopverbund und Hochwasservorsorge optimal zusammen aufgebaut werden können. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Naturschutzverbände muss endlich umgesetzt werden. Wir schützen wertvolle Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Dazu muss die Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Maßnahmenprogramm „Landesprogramm Biologische Vielfalt“ umgesetzt werden. Für unsere Schutzgebiete brauchen wir rechtliche bindende Schutzgebietsverordnungen, in denen festgelegte Erhaltungsziele hinreichend quantifiziert werden und messbar nachgehalten werden können. .

Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue, möglichst große und zusammenhängende Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“ vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie geschützt werden.

Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO_2-Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein wichtiger CO_2-Speicher. Wir wollen daher diese Ökoysteme besser schützen, durch gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich verbessern.

Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft

Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf Baumpflanzungen, begrünte Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen, renaturierte

Gewässer bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für Neubaugebiete.

Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der Rückkehr des Wolfs. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die Wölfen Lebensräume in NRW bieten und gleichzeitig Weidetierhaltung ermöglichen. Wolfsmanagement bedeutet, dass nicht allein die Weidetierhalter*innen für den Schutz ihrer Herden zuständig sind. Das Land ist in der Pflicht, die Wolfspopulation in NRW so zu managen, dass der Hochwasserschutz auf Deichen und die Artenvielfalt im Grünland, in der Heide und in Mooren durch Beweidung erhalten bleiben und Schäfereien und andere tierhaltende Betriebe ihre Existenz sichern können.

Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme wiederum dienen als natürliche CO_2-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes- und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe stattfindet. Umwelt– und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung vertraglich regeln.

Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung sichern wir zwei Prozent der Landesfläche. Dabei sind Schwerpunktvorkommen besonders konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus Flächen für die Windenergie auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in

den Schwerpunktvorkommen und überkompensieren damit mögliche negative Auswirkungen auf einen Teil der Population an anderer Stelle. Wo es sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zum Rückbau von Anlagen an Standorten mit Artenschutzkonflikten. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können die Tiere besser schützen.

Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent verfolgen

Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen und finanziellen Anreizen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden, ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher und wirtschaftlicher werden. Für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen oberhalb von gesetzlichen Mindeststandards stärken wir den Vertragsnaturschutz, insbesondere auch mit Mitteln des Bundes, deutlich.

Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten Generationen – Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor Privatisierung in Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf Bundesebene. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft

geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von Morgen

Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam besser meistern. Dabei leitet uns neben der klassischen Umweltbildung das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet.

Ein wirksames Ergebnis ist dann erreicht, wenn sich die Menschen wieder als Teil der Natur verstehen, von der sie ebenso abhängig sind, wie die Natur von ihnen.

Unseren Wald für die nächsten Generationen klimastabil und naturnah entwickeln

Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO_2-Senke und Wasserspeicher und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Deswegen hat der Schutz der Wälder in NRW für uns höchste Priorität. Gleichzeitig sind die Wälder selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir eine Waldentwicklung hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden sich selbst erhaltende Dauerwälder zum neuen Normal Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit die Waldentwicklung gelingt, bauen wir das Forstgesetz zu einem Landeswaldgesetz aus. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden weitere Wildnis-Gebiete wie z.B. den Hambacher Wald und angrenzende Gebiete als Referenzflächen für naturnahe Waldentwicklung ausweisen, wie es auch in der Biodiversitätsstrategie NRW verankert ist.

Eine naturnahe, klimastabile Waldentwicklung gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Deshalb wollen wir die Förderprogramme für den Waldbesitz nach und nach stärken und über die gute forstliche Praxis hinaus ökologisch ausrichten. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente, insbesondere auch für den Vertragsnaturschutz, schaffen, die die Waldentwicklung hin zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.

Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven Brandbekämpfung unterstützen.

Der Wald der Zukunft ist vielfältig

Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen und den Erhalt klimastabiler Dauerwälder. Ein naturverjüngter Wald ist zudem ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Um die Waldentwicklung hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, wollen wir Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände ausreichend reguliert und an ein waldverträgliches Maß angepasst werden. Insbesondere Waldbesitzer*innen kleiner Waldflächen sollen dabei unterstützt werden, eine tierschutzgerechte und ausreichende Bejagung ihrer Flächen sicherzustellen.

Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff, der CO2 über Jahrzehnte binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft Importe aus nicht-nachhaltiger Erzeugung vermeiden und stärker auf den Baustoff Holz aus regionalen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen Holz vorrangig für wertvolle langlebige Produkte in einer Mehrfachnutzung einsetzen.

Sauberes Trinkwasser – immer und überall

Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von Nitrateinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung. Erdgasförderung oder „Fracking“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des Trinkwasserschutzes ab.

Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung, setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

Wir schützen den Lebensraum Wasser

Wir schützen den Lebensraum Wasser

Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser", um angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise und deren Folgen reagieren zu können. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des naturnahen Zustandes unserer Gewässer. Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen, Mooren, Feuchtwiesen, Äckern und Wäldern wichtige Lebensräume für verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung und im Landeswassergesetz. Auch Deichrückverlegungen und der Erhalt und die Nachverpflanzung von Bäumen auf Deichen unterstützen wir.

Wo „Wasserschutzgebiet" drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Zukünftig muss der Trinkwasserschutz wieder Vorrang vor Interessen wie der Kalkstein-, Zement- und Kiesindustrie haben. Wir werden das Verbot des Rohstoffabbaus in allen Trinkwasserschutz- und Reservegebieten deshalb wieder in Kraft setzen.

Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Eine umfassende Neubewertung der wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelungswerke auf allen Ebenen ist erforderlich. Aber durch die Klimakrise werden auch Hochwässer häufiger und heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies durch Entwicklung natürlicher Rückhalteräume. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

Saubere Luft – überall in NRW

Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an abgas- und

feinstaubbelasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen Intensivtierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.

Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen, Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Dabei unterstützen wir die EU-weite Anwendung der wissenschaftlich empfohlenen Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation. Zurzeit nicht erfasste, aber hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben. Umweltgerechtigkeit machen wir zu einem Querschnittsthema.

Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit für Landwirt*innen

Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, die ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden, hergestellt von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt*innen wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Die Rechte der Konsument*innen wollen wir durch einen besseren Verbraucherschutz stärken und die Ernährungsbildung fördern.Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen.

Unser Leitbild ist eine sich weiterentwickelnde ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden. Tiere müssen entsprechend ihrer Bedürfnisse gehalten werden und die industrialisierte Intensivtierhaltung hat damit keinen Platz in der Zukunft der Landwirtschaft. Mit der gezielten Förderung naturverträglicher und ressourcenschonender Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu

steigern. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß.

Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

Eine Landwirtschaft ohne Pestizide– Für Bienen, Vögel und Co.

2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden. Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide und Pestizidgemische finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-Pestiziddatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und planbar wird.

Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite stehen, wie z.B. auch zum Nützlingseinsatz und der biologischen Düngung.

Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und die Wiederherstellung intakter Natur.

Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die Landwirt*innen lohnen

Der Großteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.

Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter Unterstützung bäuerlicher Betriebe und Abbau unnötiger Bürokratie stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe (z.B.zu Regionalvermarktung, partizipativen Ansätzen wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarischer Landwirtschaft oder Ernährungsräten) bieten wir konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den

Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr tiergerechter Haltung sind für viele kleine Höfe durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe auf. Wir stellen Planungs- und Investitionssicherheit mit einem landeseigenen Förderprogramm her, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließen so eine Lücke in der Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

Genuss für Artenvielfalt und Natur

Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer regionalen Vertriebsstelle.

Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“ fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem fördern wir den Ausbau von (Schul-)Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen. Vollwertige fleischfreie und vegane Angebote sollen zur täglichen Selbstverständlichkeit und hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region besser gefördert werden. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können!

12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

Tiere haben ein Recht auf ein qualfreies und artgerechtes Leben

Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen und fordern mobile und dezentrale Schlachtstrukturen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf den flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen in tierschutzrelevanten Bereichen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid

betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO_2-Betäubung und setzen uns für die Qualitätssicherung bei Betäubungsgeräten ein. Nicht medizinisch notwendige Amputationen und Eingriffe lehnen wir ab.

Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und besonders bei Jungtieren nicht selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus und in NRW ausnahmslos auf maximal vier Stunden und genehmigen sie nur unter strengen Tierschutz-Auflagen. Diese, kontrollieren wir besser und setzen uns für eine Überarbeitung der Tierschutz-Standards für mehr Tierwohl ein. Da bei Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein bundesweites Verbot einsetzen.

Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann. Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher sollten die amtlichen Kontrollen gestärkt werden. Wir führen das abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tier- und Artenschutzverbände so schnell wie möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle tierschutz-relevanten Bereiche einführen. Wir ändern die Landesbauordnung um den Brandschutz in Ställen zu verbessern und stellen sicher, dass in Neubauten und Bestandsgebäuden die gesetzlichen Standards konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört für uns auch ein schnelles Ende von Anbinde-, Kastenhaltung und isolierter Haltung.

Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau, obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen, gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der Tierversuche in allen Bereichen deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Die Forschung mit tierleidfreien Alternativen wollen wir in NRW unterstützen. Auch im privaten und gewerblichen Bereich muss der Tierschutz noch verbessert werden. Deshalb wollen wir in der Tierzucht den Ausstieg aus Überzüchtung und Qualzucht vorantreiben. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Reptilien- und Exotenbörsen kontrollieren wir stärker und setzen uns für ihre Abschaffung ein. Das bestehende Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des illegalen Handels

mit exotischen Wildtieren und deren artgerechter Haltung. Wer Haustiere hält, trägt Verantwortung für eine artgerechte Haltung und das Wohl des Tieres. Eine verpflichtende Identitätsüberprüfung beim Online-Handel und Kennzeichnungs- und Registrierungspflichten sind wichtige bundesweite Maßnahmen, um das Tierwohl besser zu schützen.

Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein, damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und Großtieren. Noch viel zu oft leiden auch domestizierte Tiere in Zirkus und Co. Für domestizierte Tiere in Zirkussen muss sichergestellt sein, dass ihre Unterbringung und Versorgung jederzeit tiergerecht gewährleistet ist und den Tierschutzleitlinien entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesen Punkten angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle von Tier und Mensch den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals- und Festumzüge einschränken und setzen bei der Umsetzung auf individuelle Regelungen vor Ort.

Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden

Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß

Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Deshalb gilt es, Flächen besonders effizient zu nutzen, indem wir kleinere Wohneinheiten planen, stärker in die Höhe als Breite bauen und gemeinschaftliche Wohnformen fördern. Wir machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst kurzfristig eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden wir gezielt Instrumente einführen, wie z.B. tauschbare Flächenzertifikate oder u.a. vom Flächeneffizienzquotienten abhängigen Versiegelungsabgaben. Weiterhin werden wir bei dem verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksameren und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherstellen und ein klares Ökopunktesystem einführen.

Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von industriellen und gewerblichem Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar. Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von Brachflächen. Dazu verstetigen wir den Grundstücksfonds NRW. . Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten in einem ersten Schritt und streben mittelfristig eine weitere deutliche Erhöhung an. Wir machen diese Mittel auch für gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der Flächenentwicklung

Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben. Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform der Landesbauordnung können wir eigene Standards setzen und geben unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale Satzungen geeignete Vorgaben für die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

"Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen bebaute Fläche effektiver

Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und fördern innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Wir verschärfen das Wohnraumstärkungsgesetz und unterstützen Kommunen bei der Anwendung von Zweckentfremdungssatzungen. Großflächig betonierten Parkplätzen vor Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel vorschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von Stellplätzen die Baukosten.

Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und Forstwirtschaft

Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“können wir Boden für ökologische, aber auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern wir die Bewirtschaftung unbebauter Flächen und sorgen für eine gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.